



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus, Eva Gottstein, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Bessere Unterstützung für Ermittler vor Ort bei Umweltkriminalität

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. im Bereich Umweldelikte bei den entsprechenden Behörden die personellen Voraussetzungen zu schaffen, um nicht nur eine noch bessere Unterstützung für die Ermittler vor Ort zu leisten, sondern auch den Kontakt mit den Behörden der Nachbarländer bei der Verfolgung der Umweltkriminalität weiter zu intensivieren,
2. einmal jährlich im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz mündlich und schriftlich über die im zurückliegenden Jahr festgestellten Fälle von Umweltkriminalität Bericht zu erstatten, wobei nicht nur auf die einzelnen Deliktgruppen und die hiermit zusammenhängenden Probleme bei der Deliktsaufklärung besonders eingegangen werden soll, sondern auch Vorschläge bzw. Konzepte vorgestellt werden sollen, wie eine Aufklärung der Fälle noch weiter verbessert werden kann.

Begründung:

Der Fund von vier abgeschnittenen Vorderpfoten von Luchsen im Mai 2015 im Landkreis Cham ist der vorläufige traurige Höhepunkt einer Reihe von illegalen Luchstötungen in Bayern. Bereits im März 2012 wurde eine mit einem Sender ausgestattete Luchsin im Bayerischen Wald vergiftet. Im Mai 2013 wurde im Bayerischen Wald eine Luchsin erschossen, die mit drei Föten trächtig war. Aufgrund des Verschwindens von per Telemetrie und Fotofallen erfasster Tiere muss davon ausgegangen werden, dass die Dunkelziffer der illegalen Luchstötungen noch weit höher liegt. Leider konnte bislang in keinem einzigen Fall der bzw. die Täter ermittelt werden.

Eine Maßnahme, um die Situation zu verbessern, wäre eine deutliche personelle Verstärkung im Bereich der Verfolgung von Umweldelikten. Somit können die Ermittler vor Ort noch besser unterstützt werden und ein optimaler Wissenstransfer zwischen den einzelnen Behörden und den Ermittlern vor Ort gewährleistet werden.

Der jährliche Bericht im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz würde nicht nur der Informationsgewinnung der Landtagsabgeordneten dienen, sondern vor allem auch den Dialog zwischen Parlament und Ermittlungsbehörden verbessern, mit dem gemeinsamen Ziel, die Umweltkriminalität in Bayern effektiv zu bekämpfen.